



Niederschrift
zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Familie
der Schloss-Stadt Hückeswagen

Sitzungstermin: 24.01.2023
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:26 Uhr
Ort: im Heimatmuseum, Auf'm
Schloß 1

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzender

Mallwitz, Stefan

Mitglieder

Becker, Jürgen	für Frau Gembler
Coenen, Margareta	
Schulz-Andres, Heiko	
Stöver, Annette	ab 17.20h
Theis, Jürgen	
Theis-Hadamczyk, Sonja	für Herrn Heldt
Thiel, Brigitte	für Herrn Nocon
Werth, Christian	
Wroblowski, Karin	
Wüster, Philipp Ernst	

Beratende Mitglieder

Herfort, René

von der Verwaltung

Moritz, Mario
Persian, Dietmar,
Bürgermeister
Poranzke, Andrea
Stehl, Alexander
Visse, David

Sachverständige

Finster, Shirley

Gäste

Düring-Hesse, Suse
Fiolka, Monika
Krämer, Sarah
Moro, Myriam
Schmallenbach, Ralf

Schwandt, Isabel

Es fehlten:

Mitglieder

Gembler, Regine
Heldt, Christian
Nocon, Sven

von der Verwaltung

Erleben, Sabine

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|---|--|------------------------|
| 1 | Fragestunde für Einwohner | |
| 2 | Bericht der Verwaltung | FB II/4605/2023 |
| 3 | Vorstellung des Pilotprojekts „Familienbüro
Hückeswagen“ des Kreisjugendamtes | FB II/4608/2023 |
| 4 | Vorstellung des KIM Case - Managements | FB II/4609/2023 |
| 5 | Entwurf der Haushaltssatzung 2023 | FB II/4606/2023 |
| 6 | Bericht des Jugendzentrums für das Jahr 2022 | FB II/4610/2023 |
| 7 | Bürgerliche soziale Teilhabe – Bericht Herr Moritz | FB II/4611/2023 |
| 8 | Entwicklung im Bereich sozialer Fallzahlen | FB II/4612/2023 |
| 9 | Mitteilungen und Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|---|---------------------------|--|
| 1 | Mitteilungen und Anfragen | |
|---|---------------------------|--|

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Fragestunde für Einwohner

Es gab keine Einwohneranfragen.

zu 2 Bericht der Verwaltung Vorlage: FB II/4605/2023

Die neue Schulsozialarbeit (die Nachfolge der BuT Schulsozialarbeit), in Trägerschaft beim International Bund (IB), hat an der Realschule und Löwen – Grundschule ihre Arbeit zum 01.12.2022 aufgenommen. Frau Bieg wird sich als neue Schulsozialarbeiterin im nächsten Ausschuss vorstellen. Zur Personalausbesetzung des Jugendzentrums Hückeswagen wird die Verwaltung unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen Punkt 9) Aktuelles berichten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3 Vorstellung des Pilotprojekts „Familienbüro Hückeswagen“ des Kreisjugendamtes Vorlage: FB II/4608/2023

Herr Schmallenbach berichtet eingangs zu diesem Tagesordnungspunkt über die Neuausrichtung des Kreisjugendamtes (KJA) mit der stärkeren Fokussierung auf das Mittel der Prävention. Diese sei immer sehr schwierig, obwohl allgemein anerkannt und wichtig.

Die Neuausrichtung des KJA war pandemiebedingt etwas zurückgestellt worden, aber das Ergebnis der externen Evaluation (des KJA) ergab unter anderem, dass in der Vergangenheit zu viele Hilfen und zu lange dauernde Hilfen den Familien angeboten worden sind. Die Präventionsarbeit, so die Studie, sei ganz wichtig und in diesem Punkt sei eine deutliche Neuausrichtung erforderlich.

Herr Schmallenbach erläutert die aktuellen Kostenentwicklungen im Bereich des KJA. Die „Kostenexplosion“ ist jedoch nur zu 1/3 auf die Hilfen zur Erziehung zurückzuführen, dagegen zu 2/3 durch den Ausbau der Kindertagespflege bedingt. Somit ist der Ausbau der Betreuungsplätze maßgeblicher Grund für die Kostenexplosion. So starke Geburtszahlen waren zudem so nicht erwartbar gewesen. Es gibt im Kreis aktuell die höchsten Geburtenzahlen der letzten 10 Jahre, sie liegen so hoch wie nie.

Aktuell erfolgt auch ein organisatorischer Umbau des KJA, so Schmallenbach. Es werden Zuständigkeiten neu gegliedert. Neu organisiert wird gerade z.B. der Kinderpflagedienst. Es werden dort gerade Pflegefamilien dringend gebraucht.

Er merkt weiter an, dass der Gesetzgeber ständig neue Aufgaben an die

Verwaltung gibt und dies stellt sich als echte Herausforderung dar.

Der kommende Anspruch auf einen Offenen Ganztagsplatz kommt z.B. ab 2026. Die Richtlinien dazu werden vom OBK aktuell überarbeitet. Es wird befürchtet, dass es ein schwieriges Verwaltungsprozedere dazu geben wird.

Grundsätzlich stellt der Kinderschutz einen wichtigen Arbeitsauftrag aus dem verabschiedeten Kinderschutzgesetz dar, bei dem es keine Kompromisse aus Sicht von Herrn Schmallenbach geben darf. Es wird hier stark auf Prävention gesetzt werden, dennoch wird es wohl auch hier leider Worst - Case Fälle geben werden.

Für das KJA ist die Personalakquise für die Fülle der Aufgaben ein ganz wichtiger Punkt. Herr Heße als neuer Leiter hat damit sehr viel zu tun. Es besteht die zuversichtliche Hoffnung mit der neuen Mannschaft, gemeinsam mit dem neuen Leiter, viel zu bewegen, ggfs. auch weniger Hilfe zu leisten zu müssen.

Für das Thema „Familienbüro“ war es möglich Fördermittel zu akquirieren. Teilnehmen an dem Projekt werden zunächst die Kommunen Morsbach, Bergneustadt und Hückeswagen. Mit etwas Glück wird Hückeswagen die erste Kommune sein, die eines bekommen wird.

Frau Moro, Mitarbeiterin des KJA, berichtet als Koordinatorin des Projekts Familienbüro über den aktuellen Verfahrensstand. Frau Schwandt vom Verein Familiengerechte Kommune aus Bochum ist dazu per Videokonferenz (per Zoom) zugeschaltet. Frau Schwandt stellt zunächst die Tätigkeitsfelder des Vereins „Familiengerechte Kommune“ aus Bochum vor und berichtet über den Prozess, der zur Erstellung eines Konzeptes für Hückeswagen geführt hat, der als Blaupause (für den gesamten OBK) dienen soll. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Das Landesprogramm „Kinderstark NRW“ hat dabei die Konzipierung gefördert. Start der Konzeptarbeit war der Juni 2021 und Prozessende war Dezember 2021. Dabei gab es neben den Terminen in Hückeswagen parallel auch Konzepttermine in Morsbach und Bergneustadt. Wichtig war dabei z.B. das Zusammentragung der vorhandenen Angebote und der Klärung der Bedarfe vor Ort. Die Konzeptionsempfehlung stellte sich dabei als einen gemeinsamen Prozess zwischen dem Verein Familiengerechte Kommune, den beteiligten Kommunen und dem KJA dar. Wichtig war auch vor Ort eine Begriffsdefinition eines „Familienbüro“ zu erarbeiten und welche Zielgruppen soll angesprochen werden?

Folgende Kernpunkte wurden dabei herausgearbeitet:

Oberste Ziele:

- Herstellung von Bürgernähe
- Herstellung von Transparenz: was gibt es vor Ort bereits an Hilfen?
- Herstellung von räumlicher Orientierung, Verschaffung von mehr Zugang zu bereits laufenden örtlichen Angeboten für Familie
- Klärung familienorientierter Bedarfe (aus Sicht der Kommune)

Wichtige Aufgaben:

- Angebotsinformierung (aus Kommunalen Sicht – Landesweiter Sicht – Kreissicht)

- Konkrete Vermittlung von Angeboten an die Familien/Alleinerziehenden/Senioren
- die richtige Vermittlung zum jeweiligen zuständigen Ansprechpartner für das Anliegen
- konkrete Beratungsangebote für Alleinerziehende, z.B. zum Finden einer Hebamme oder zum Finden der richtigen Ansprechperson für die Anmeldung zur KITA oder für die Schulanmeldung
- interkommunale/intrakommunale Netzwerkarbeit sowie die richtige Differenzierung von Angeboten
- Bedarfsermittlung und Interessenvertretung von Familie
- Vertrauensaufbau, Vertrauensarbeit bzw. Beziehungsarbeit mit den örtlichen Familien

Frau Moro berichtet über die rechtlichen Grundlagen der Arbeit des Familienbüros, wie z.B. die gesetzlich verankerten Beratungspflichten aus dem SGB XII und SGB VIII. Sie stellt zudem heraus, dass der Träger des Familienbüro ein neutraler Träger sein wird (offen für alle Religionen). Die Steuerung der künftigen Büros erfolge durch den Kreis. Es wird eine Vernetzung durch den Kreis z.B. mit den örtlichen Jugendzentren angestrebt und den vorhandenen Angeboten in den jeweiligen Kommunen. Ganz wichtig für die Arbeit der geplanten Büros ist die Nachhaltigkeit und die Vertrauensarbeit/Beziehungsarbeit mit den Familien vor Ort.

Angedacht wird ein Standort in Wiehagen für das Familienbüro, da dort die meisten Kinder wohnen. Der Standort soll auch hier ein mögliches Gefühl der Benachteiligung ausgleichen bzw. ein Signal der Wertschätzung sein und neue Zugänge für bislang wenig erreichte Teile der Bevölkerung schaffen.

Die Zielgruppen sind Familien für alle Art /Typen, insbesondere junge Familie wie auch Alleinerziehende, mit einer offenen, ganzheitlichen und integrierten Ansprache von Familien. Hier wird eine stetige Anpassung an die Bedarfe erforderlich sein und ein rechtskreisübergreifendes Arbeiten. Wichtig sind dabei niedrigschwellige (Hilfs-)Angebote zur Unterstützung und Stärkung von Familien in ihrem jeweiligen Alltag.

Denkbare Angebote können hier beispielhaft sein:

- Erstberatungen zur Orientierung im Sozialraum Hückeswagen
- Angebote des KJA wie z.B. die frühen Hilfen, die Hilfe zu Erziehung, Angebote des ASD
- Hilfe bei der Beantragung von Sozialleistungen
- mehrsprachige Angebote
- ein Familien - Café als Treffpunkt in den Räumen des Familienbüros

Maßgeblich ist hier die Familienorientierung als Gelingensfaktor sowie eine starke Willkommenskultur. Es soll eine nachhaltige Besetzung des Büros erfolgen und die Räume Multifunktional genutzt werden können.

Herr Becker fragt nach, wann das Büro starten soll? Welche Öffnungszeiten wird es haben und mit welchem Personal soll es starten?

Er merkt an, dass ein Pilotprojekt die Gefahr birgt, dass es bei fehlender Finanzierung es schnell damit zu Ende sein wird, wie es da aussehe?

Herr Schmallenbach antwortete dazu, dass die Errichtung auf Dauer geplant ist.

Frau Moro berichtet über den Stand des Vergabeverfahrens. Für die Beauftragung eines Trägers mit der Einrichtung der 9 geplanten Familienbüros im OBK ist die Durchführung eines EU – weiten Vergabeverfahrens erforderlich.

Das dafür erforderliche Leistungsverzeichnis ist fertig und wird den Fachanwälten für den letzten Schliff abschließend noch vorgelegt werden. Im Frühjahr 2023 ist der Start des Vergabeverfahrens geplant. Im Laufe des Jahres 2023 sollen die 3 Büros auf den Weg gebracht werden/an den Start gehen, ein ambitioniertes Ziel. Die Öffnungszeiten der Büros sind im Leistungsverzeichnis genannt. Diese sollen vormittags aber auch am späten Nachmittag sein. Das muss man mit dem Träger bedarfsgerecht noch abstimmen.

Es ist geplant in Hückeswagen zu starten. Es folgen dann die Standorte in Morsbach und in Bergneustadt.

Aufgrund der „Insellage“ von Hückeswagen, da die anderen Städte rundherum ein eigenes Jugendamt haben, ist es der Plan, die 9 Büros in je 3 Trägerschaften zu geben. Somit besteht jeweils die Pflicht 3 Büros zu führen. Vorgesehen ist jeweils eine Vollzeitstelle für eine Leitung pro Familienbüro, um auch eine Vertretung der anderen zu sichern.

Die Büros in Hückeswagen, Lindlar und Marienheide soll ein Träger als Aufgabe übernehmen.

Herr Theis fragt nach, wie soll die Abdeckung der Sprechzeiten erfolgen mit einer Vollzeitstelle? Bei den vielen Beratungsangeboten?

Frau Moro erklärt, dass die Leitungsstelle als Vollzeitstelle klärt, ob sie selbst berät oder wen man dazu holt z.B. Mitarbeiter aus dem KI aus Gummersbach, von der Schuldnerberatung oder von der Pflegeberatung des Sozialamtes usw.

Es ist eine ambitionierte Aufgabe, so Herrn Schmallenbach, dafür ist eine gute Vernetzung vor Ort erforderlich.

Herr Becker fragt, wie die Präventionsarbeit und die Netzwerkarbeit aussehen wird. Geht das Familienbüro z.B. auf die Mitarbeiter im Jugendzentrum in Hückeswagen zu oder auf die Streetworkerin oder wie muss man sich das vorstellen?

Frau Moro antwortet hierzu, dass über das Kinderstark NRW Programm, es eine Präventionskette bis zum Erwachsenenalter hin gibt und der Aufbau und der Erhalt der Präventionsarbeit dazu gehört. Eine wichtige zentrale Aufgabe stellt eine sehr gute Vernetzung vor Ort dar. Netzwerkarbeit wird zudem über eine Online - Plattform des Landes NRW geben („GuterStartNRW“), die sich für den OBK im Aufbau befindet.

Herr Becker fragt an, ob es sich dabei auch um aufsuchende Arbeit handelt. Frau Moro antwortet hierzu, nein es ist keine aussuchende Arbeit.

Frau Finster fragt nach, wie es mit den Räumlichkeiten aussieht. Ist bereits was angemietet worden?

Frau Moro teilt mit, dass der Träger die Räume mieten wird. Erste Ideen bei Herrn Stahl und bei Herrn Moritz zu möglichen Räumen sind bereits vorhanden.

Frau Wroblowski fragt nach, ob es durch das neue Familienbüro es zu einer

Reduzierung von Beratungsstunden durch das Jugendamt kommen wird.

Frau Moro antwortet hierauf, dass die örtliche Beratung dann zusätzlich in Wiehagen möglich wird. Aber es erfolgt keine Reduzierung. Das Familienbüro hat Nichts mit den ASD Stunden des Jugendamtes zu tun, so Frau Moro.

Frau Theis – Hadamczyk fragt nach, da es sich ja um ein Pilotprojekt handelt und man noch keine Erfahrung habe, was ist, wenn man überrannt wird? Kann man da nachsteuern?

Herr Schmallenbach wäre froh, wenn ein hohes Interesse bestehen würde. Man kann keine Zusage zu mehr Geld geben, aber eine frühe Vernetzung könnte vieles vermeiden. Es sind viele Ideen möglich, wie z.B. Gesundheitskiosk, wie auch andere Hilfsangebote.

Herr Persian macht deutlich, dass er sich sehr darüber freut, dass dieses Projekt in Hückeswagen realisiert wird. Viele Gespräche sind bereits geführt worden, mit den bereits hier tätigen Akteuren. Es bietet eine große Chance näher an die Menschen ranzukommen. Die Bedarfe und Erfahrungen werden wir gemeinsam sammeln. Jetzt heißt aber erstmal starten und sehen welche Bedarfe/Nachfragen wir haben.

Herr Wüster fragt nach, wie man die Besetzung von 9 neuen Stellen beim bestehenden Fachkräftemangel realisieren will?

Herr Schmallenbach kann nicht ausschließen, dass es schwierig wird. Es bestehe aber hier der Reiz des Neuen. Es ist ein interessantes Arbeitsgebiet und es ist vielseitig, attraktiv für Fachleute und Träger. Herr Schmallenbach erläutert anhand des Projekts Oberberg fairsorgt, wie man Fachkräften attraktive Optionen aufgezeigt hat, die außerhalb des klassischen Arbeitsfeldes liegen, bei aller Kritik über den Abzug von Fachkräften aus den klassischen Tätigkeitsfeldern. Es würde so aber Bewegung in den Arbeitsmarkt kommen. Er berichtet zudem, dass Absolventen inzwischen höhere Eingruppierungen erhalten. Man versucht, dass es sich rumspricht, und es bei der Zielgruppe ankommt, dass es im OBK gute, neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Herr Wüster fragt nach, ob der künftige der Träger sich verpflichten muss, neben dem Büro in Hückeswagen, auch weitere Büros einzurichten?

Frau Moro antwortet hierauf, dass der Träger dieser Verpflichtung nachkommen muss und sich dann auch um die Anmietung kümmern und auch um die Einrichtung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Vorstellung des KIM Case - Managements Vorlage: FB II/4609/2023

Frau Düring – Hesse und Frau Krämer vom Kommunalen Integrationszentrum (KI) des Kreises stellen das Kommunale Integrationsmanagement (KIM) im Oberbergischen Kreis vor, anhand einer PPT Präsentation, siehe Anlage.

Frau Düring – Hesse berichtet über die Entwicklungsschritte der

Integrationsarbeit in NRW bis zum KIM, was es bislang gab und was für Bedarfe durch Pilotprojekte erkannt worden sind.

Nach der gesetzlichen Verabschiedung des KIM in NRW, gab es 2021, den Auftrag vom Kreis an das KI das KIM im OBK auf den Weg zu bringen.

Es soll durch das KIM die Begleitung von Menschen mit Migrationshintergrund bis zur Einbürgerung erfolgen.

Durch das KIM soll zudem auch eine Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit auf den Weg gebracht werden, Prozesse optimiert und die Schaffung von Unterstützungsprozessen implementiert werden. Fortlaufend soll geprüft werden, wo sind Angebotslücken beim Integrationsprozess? Wo gibt es Probleme? Gibt es gezielte Lücken? Diese gilt es dann zu schließen.

Das KIM ist fachlich beim Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKJFGFI) in Düsseldorf angedockt. Bislang gibt es ein solches Case Management nur in NRW, vergleichbares gibt bislang nur in Baden – Württemberg.

Folgende Fakten in Kürze zum KIM:

- auf Dauer angelegt
- rechtskreisübergreifend
- aufsuchende, niederschwellige Arbeitsmethodik
- Ziele:
 - Integrationsprozesse zu beschleunigen und vereinfachen
 - für Menschen egal welcher Herkunft, egal welchen Alters oder Lebenslage Ansprechpersonen zu bieten

Frau Krämer berichtet im Detail über den Umsetzungsstand des KIM im Oberbergischen Kreis und in Hückeswagen. Sie berichtet über die Anzahl der eingerichteten neuen Stelle sowie Finanzierungsaspekte. Ein Teil der Finanzierung läuft über das Land NRW, anteilig muss der Kreis eine Co – Finanzierung mangels Auskömmlichkeit der Landesfinanzierung vornehmen. Die Caritas Oberberg ist im Nordkreis der Kooperationspartner für die Umsetzung vor Ort. Bislang nehmen 9 Kommunen im Kreis teil, 4 arbeiten mit einem Träger zusammen, die übrigen haben selber neue Mitarbeiter eingestellt und 1 Case- Manager ist im KI tätig.

Ein wichtiger Punkt der zentralen Koordinationsstelle beim KI wird die Verarbeitung von Input aus der Praxis bzw. das Antragen von Anliegen an eine Lenkungsgruppe sein, wie z.B. immer wiederkehrende Falllagen /Problemlagen zwecks Optimierung von Strukturen oder Verwaltungsabläufen.

Der Prozess ist erst gerade gestartet und es wird noch viele dicke Bretter zu bohren geben. Der Fokus liegt aktuell bei der aufsuchenden Arbeit, der Vernetzung von Arbeit und der intrakommunalen Zusammenarbeit.

Frau Fiolka als örtlich in Hückeswagen tätige Case Managerin (Ansprechpartnerin) berichtet über ihre Arbeit vor.

Herr Herrn Schulz – Andres fragt nach, worin der Unterschied zwischen

„Integrations – Akteure“ und „Case – Manager“ besteht.

Frau Krämer antwortet hierzu, dass der Begriff der „Integrations – Akteure“ bedeutet, dass es sich um die Personen handelt, die schon da sind, und der Begriff der „Case Manager“ bezeichnet, die Personen, die neu hinzugekommen sind.

Frau Fiolka stellt sich dem Ausschuss vor und berichtet über ihre Tätigkeit seit dem 01.10.2022. Sie ist zu 50% in Hückeswagen tätig und zu 50% in Wipperfürth. In Hückeswagen nutzt sie die Räumlichkeiten von Weitblick im Verwaltungsgebäude Bahnhofplatz 8 im 2.OG. Frau Fiolka teilt dem Ausschuss mit, dass es für sie ein neues Aufgabenfeld darstellt. Sie kommt aber gut in das neue Thema mehr und mehr rein. Sie erhält auch viel Unterstützung/Hilfe von verschiedenen Seiten bei der Einarbeitung. Es erfolge in der Praxis die Zuführung von Personen oder Familien durch Herrn Moritz.

Die Anliegen der Klienten sind vielfältig, wie dem Umgang mit Schulden, wie Probleme eine Wohnung zu finden oder dem Benötigen von Hilfe bei der Papierarbeit mit dem Jobcenter. Bei wirtschaftlichen Problemsituationen der Person oder der Familie erfolgt idR eine Verweisberatung an die Schuldnerberatung. Bei dem Wunsch nach Anerkennung von ausländischen Abschlüssen oder z.B. bei dem Wunsch der Familienzusammenführung erfolgt ebenfalls eine Verweisberatung an den zuständigen Migrationsdienst. Herr Moritz ergänzt, dass Frau Fiolka viel Hilfe bereits geben konnte und es ein tolles Angebot für Hückeswagen ist.

Frau Finster fragt nach, ob es Sprachbarrieren gibt.

Frau Fiolka antwortet, dass es verschiedene Angebote dazu gibt, wie z.B. eine Übersetzungs - App. Diese funktioniert sehr gut. Auch Emails oder Whatsapp Nachrichten können man mit dieser App übersetzen lassen. Das klappt gut.

Frau Thiel fragt, nach ob die Finanzierung auf Dauer durch das Land NRW gesichert ist. Ist das fest?

Frau Düring – Hesse antwortet hierzu, dass die Finanzierung parteiübergreifend gesichert ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5 Entwurf der Haushaltssatzung 2023 Vorlage: FB II/4606/2023

Frau Thiel hat zum Haushaltsentwurf Fragen. Es geht um die Seiten 214 bzw. 215 (Teil V).

Sie möchte wissen, was mit den Aufwendungen auf Seite 215 finanziert wird.

Frau Thiel erfragt zudem bei den Hilfen nach dem SGB XII, ob tatsächlich Hausnotrufsysteme über Sozialleistungen finanziert werden, da diese Systeme eigentlich von der Kranken- bzw. Pflegeversicherung übernommen würden, so ihr Kenntnissstand.

Die Fragen werden in Absprache mit Frau Thiel im Nachgang per Niederschrift

beantwortet.

Beantwortung der Fragen zum Haushaltentwurf (Nachtrag zum Protokoll):

Die Aufwendungen auf Seite 215 (Spalte 17) beinhalten die monatlichen Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlich tätige Behindertenbeauftragte. Der restliche Betrag wird für Sachkosten im Bereich der Seniorenarbeiten verwendet.

Aus dem SGB XII werden im Einzelfall nur dann Kosten für Hausnotrufsysteme, als besondere soziale Leistungen erbracht, wenn keine vorrangige Finanzierung über die Pflegeversicherung (z.B. bei fehlender Versicherung oder fehlendem Pflegegrad) möglich ist. In der Regel erfolgt eine genaue Einzelfallprüfung über die Notwendigkeit eines solchen Systems.

Bei Personen, die nicht laufende Sozialleistungen über das städtische Sozialamt erhalten, kann eine Kostenübernahme für diese Systeme über das Kreissozialamt beantragt werden erfolgt, ansonsten bei Notwendigkeit dieser Systeme und keiner vorrangige Hilfe über die Pflegeversicherung, ist eine Antragsstellung über das örtliche Sozialamt möglich. Derzeit gibt es in Hückeswagen keinen Fall, der über das städtische Sozialamt, für ein solches System Leistungen erhält.

Frau Thiel fragt zudem an, ob es in Hückeswagen Bedarfe für Mittagessen für Kinder gibt?

Ein solches Angebot gebe es z.B. in Radevormwald.

Herr Moritz teilt mit, dass schulisches Essen über Bildung- und Teilhabeleistungen (BuT- Leistungen) in Hückeswagen nachgefragt und bewilligt werden.

Der Ausschuss nimmt den Entwurf des Haushaltsentwurfes des Haushaltsplanes 2023 zur Kenntnis.

zu 6 Bericht des Jugendzentrums für das Jahr 2022
Vorlage: FB II/4610/2023

Frau Poranzke und Herr Visse berichten über die Aktivitäten 2022 im Jugendzentrum anhand einer Powerpointpräsentation, siehe Anlage.

Frau Poranzke berichtet über das Kinderdorf 2022. Es war nach Corona wieder ein richtiges Kinderdorf mit 170 Kindern. Für die ukrainischen Kinder stand eine Kraft für Übersetzungen zur Verfügung, die vom Arbeitgeber sogar extra dafür freigestellt worden war. Die Graffiti Gestaltung einer Wand des MZH war auch ein Projekt des Kinderdorfes 2022.

Die Kinder hatten viel Freude, aber es gab auch bereits viele Fragen zum Kinderdorf 2023. Nach dem Kinderdorf ist ja bekanntermaßen vor dem Kinderdorf. Für die Durchführung eines solchen ist eine Spendenfinanzierung bzw. Fördermittel - Akquise von über 70.000 € erforderlich, so Andrea Poranzke.

Herr Visse berichtet über die Angebote in den Osterferien. Es gab verschiedene Angebote wie z.B. einen Graffiti -Workshop oder einen Workshop zur italienischen Küche/ zum ital. Kochen und wie man sich man bei Tisch benimmt. Daneben gab es eine Spieleolympiade und ein Kicker Turnier. Es gab zudem einige Ausflüge im Ferienspaß wie z.B. in den Zoo nach Wuppertal oder einen Tag im Wald (immer sehr nachgefragt und war restlos ausgebucht).

Andrea Poranzke berichtet zum Weltkindertag 2022. Es war ein Weltkindertagangebot in großer Form in der Islandstraße. Es nahmen 1000 Kinder teil, belegt durch die ausgegebenen Stampfsammelblätter. Es gab 37 Angebotsstände, in der Islandstraße und viele Akteure vom Kinderdorf waren dabei.

Herr Visse berichtet über das Herbstferien Programm, von einer Übernachtung im Jugendzentrum, einem Ausflug zur Bowlinghalle nach Wipperfürth oder einem gemütlichen Grillabend im Garten des Jugendzentrums.

Es wird von dem Angebot „Kein Stress vor dem Fest“ (vor Weihnachten) berichtet. Es erfolgte hier die letzte Aktion am 17.12. für Kinder ab 3 Jahre im Jahr 2022. Dabei wird am letzten Samstag vor Weihnachten ein Betreuungsangebot für Kinder vorgehalten. Die teilnehmenden Kinder stellen etwas her bzw. gestalten etwas wie z.B. Taschen oder Teelichterbehälter. Im Dezember 2022 waren 60 Kinder da, wobei sonst immer 30 Kinder üblich waren. Es stellte einen schönen Abschluss für das Jahr 2022 dar.

Herr Visse stellt zum Jahr 2022 die Statistik und Kennzahlen des Jugendzentrums vor, siehe Anlage. Hier die wichtigsten Punkte in Kürze:

- 1824 Besucher mehr als im Vorjahr
- die 8-12 Jahren alten Besucher fielen deutlich höher aus
- aus der Altersgruppe 13-15 war ein leichter Abfall zu vermerken
- die Zahl der über 15 Jahre alten Personen, ist fast gleichgeblieben
- der Plan von 4000 Besucherinnen und Besucher war für 2022 wegen Corona angepasst worden

Herr Mallwitz dankt im Namen des Ausschusses und der Verwaltung Frau Poranzke und Herrn Visse für die langjährige engagierte Tätigkeit und überreicht beiden jeweils einen Blumenstrauß.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und bedankt sich für die langjährige und erfolgreiche Arbeit von Frau Poranzke und Herrn Visse.

zu 7 Bürgerliche soziale Teilhabe – Bericht Herr Moritz Vorlage: FB II/4611/2023

Herr Moritz berichtet über die Tagesordnungspunkte zu 7 und zu 8 in einer Präsentation, siehe Anlage.

Die Akquise von Wohnraum stellt weiter einen wichtigen Punkt im FB II dar, gemeinsam mit dem FB IV (Gebäudemanagement). Es werden viele Gespräche mit Vermietern geführt. Aktuell läuft ein Gespräch mit einem großen Vermieter

in Wiehagen, nicht der GBS, um Wohnungen zu erhalten. Die Bereitschaft für Investitionen bei Wohnung ist dort vorhanden. Es wird von Seiten der Verwaltung angestrebt, dass den geflüchteten Menschen mit Bleibeperspektive eine eigene Wohnung vermittelt werden kann.

Herr Moritz berichtet zu den Belegungen der zentralen Unterkünfte:

- Peterstraße. ca. 70 Plätze belegt
- Wohnwerk in guter Belegung
- Ewald – Gnau – Straße und Scheideweg ebenfalls gut belegt

Ein Kollege aus dem Bürgerbad ist für die hausmeisterliche Betreuung ins Team vom FB II hinzugekommen. Das ist sehr gut.

Ein Sprachkurs mit Kinderbetreuung ist eingerichtet worden. Der Träger der Kinderbetreuung ist hier das Jugend- und Sozialwerk Gotteshütte. Die Einrichtung solcher Sprachkurse war damals ein Pilot und einmalig. Sie haben und leisten auch akut damit einen sehr wichtigen Betrag für die Integrationsarbeit für Frauen bzw. Mütter, so Moritz. Die teilnehmenden Frauen zeigen in der Regel höhere kognitive Fähigkeit als ihre Männer und die erworbenen Sprachkenntnisse führen auch zu einer Stärkung ihrer Rolle in der Familie. Vielfach übernehmen sie wichtige Arbeiten, z.B. zu erledigende Formalitäten mit Behörden aufgrund der besseren Sprachkenntnisse gegenüber ihren Ehemännern/Partnern.

Es laufen weiterhin viele Projekte mit dem Kreis, so z.B. Netzwerk- und Austauschtreffen.

Herr Moritz ist auch z.B. federführend bei dem Thema Sozialraumkonferenz in Hückeswagen.

Frau Shirley Finster fragt nach, ob es weiterhin Treffen im Café Kiwi am Donnerstag gibt.

Frau Coenen antwortet direkt dazu, dass es eine 2. Sprechstunde am Donnerstag im Büro von Weitblick eingerichtet worden, von 17 – 19h im Verwaltungsbüro (Gebäude Bahnhofplatz 8), anstelle einer Austausch-/Treffmöglichkeit am Donnerstag im Café Kiwi. In den Büroräumen hat mehr Ruhe zum Bearbeiten von Anliegen, vielfach geht es um das Ausfüllen von Behördenanträgen, z.B. vom Jobcenter. Daneben gibt es weiterhin jeden Mittwoch morgens von 10-12h eine Sprechstunde im Büro von Weitblick.

Den Treff in den Räumen der Kirche gibt es weiterhin, so Herr Moritz.

Herr Wüster fragt nach, ob es immer noch viele Wohnungen gibt, die eigentlich nicht mehr von Stadt zu bezahlen wären?

Herr Moritz antwortet, teils teils.

Es sind Wohnungen von den geflüchteten Menschen übernommen worden, die nun selbst (wegen Arbeitsaufnahme) diese bezahlen oder nunmehr durch das Jobcenter bezahlt werden. Es gibt weiter den Versuch weiter in eigene Wohnungen zu vermitteln.

Frau Finster fragt nach, ob die Zuweisungen weiterlaufen?

Herr Moritz berichtet, dass aktuell ca. 3-10 Personen pro Woche nach Hückeswagen kommen. Aktuell aus der Ukraine jedoch nur punktuell, wenn nur gezielte Nachzüge von Personen, die bereits Verwandte oder Freunde in Hückeswagen haben.

Die Mehrzahl der aktuell nach Hückeswagen kommenden Menschen stammen z.B. aus Afghanistan, Pakistan oder der Türkei. Es sind vorwiegend Einzelpersonen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8 Entwicklung im Bereich sozialer Fallzahlen Vorlage: FB II/4612/2023

Herr Moritz berichtet über die aktuellen Entwicklungen aus dem Bereich der sozialen Fallzahlen, anhand einer Präsentation, siehe Anlage.

Die letzten Arbeitslosenzahlen für Hückeswagen sind bislang nur für November 2022 verfügbar, dort betrug die Zahl der arbeitslosen Personen 522. Neuere Zahlen nur für Hückeswagen sind noch nicht veröffentlicht worden.

Die Zahl der Asylfälle ist weiter auf einem deutlich höheren Niveau als in 2021 und als zum Jahresbeginn 2022. Verstärkt kommen nun Einzelpersonen aus den bekannten Krisenregionen wie z.B. Afrika, Afghanistan, Syrien, Türkei oder Pakistan.

Frau Thiel fragt konkret nach, wie viele geflüchtete Personen pro Woche aktuell nach Hückeswagen kommen.

Herr Moritz berichtet, dass aktuell ca. 3-10 Personen pro Woche kommen.

Frau Thiel fragt weiter nach, wie diese untergebracht werden.

Herr Moritz berichtet, dass die Unterkünfte der Stadt sehr hoch ausgelastet sind und auch die Zimmerbelegungen höher ausfallen, so dass es zu mehr Konflikten unter den Bewohnern kommt.

Es sei zum Teil wie auf einer „Klassenfahrt“. Es sind viele Gespräche erforderlich. Wünsche nach Umzügen in anderes Zimmer, Störungen durch den oder die Zimmergenossen, z.B. durch lautes Telefonieren am Abend/in der Nacht und dadurch schlecht schlafen können, sind die Themen der Bewohner. Die Wohnraumakquise bleibt weiterhin wichtig und darum kümmert sich aktuell sehr engagiert dankenswerterweise der Teamkollege Andreas Henseler.

Für den Bereich Wohngeld ist die Anzahl der zu bearbeitenden Anträge für Januar 2023 im Vergleich zu den Vorjahren am auffälligsten, siehe Grafik in der Präsentation.

Herr Persian würdigt die Arbeit der Mitarbeiterinnen der Wohngeldstelle. Er habe hohen Respekt davor. Es gibt dort sehr viel zu tun. Es werden viele vorläufige Fälle auf den Weg gebracht, die dann noch mal anpackt werden müssen.

Herr Becker fragt nach, wie sieht so ein Wohngeldantrag aus und welchen Umfang dieser habe?

Von Seiten der Verwaltung wird mitgeteilt, dass es ein mehrseitiger Antrag sei, nicht so umfangreich wie beim Jobcenter. Es gibt ein Erklärvideo zum Wohngeld auf der Seite des zuständigen Ministeriums des Landes NRW. Bei der Antragsstellung von Wohngeld, ist auch eine Prüfung von Einkommen und Vermögen erforderlich. Eine konkrete Zeitangabe, wie lange eine Fallprüfung dauere, kann nicht mitgeteilt werden. Es hat in jedem Fall eine individuelle Fallprüfung zu erfolgen.

Die Anzahl der Fälle aus dem Bereich SGB XII (Sozialhilfe/Grundsicherung im Alter) sind fast unverändert.

Im Sommer 2023 wird zudem eine komplette Bestandsprüfung zu erfolgen haben, welche Stellen künftig für eine Hilfe zuständig sein wird. Es wird zu Fallverschiebungen zwischen dem Jobcenter, dem Sozialamt und der Wohngeldstelle zu erwarten sein, als weiter zusätzliche Arbeitsaufgabe.

Herr Persian merkt an, dass es gerade sehr viele Themen im Bereich Soziales gerade auf der Agenda sind, wie die Betreuung der vielen Flüchtlingen, das neue Wohngeld usw.

Es sei ein starkes Team und man habe Hochachtung zu zollen.

Angemerkt wird von Seiten der Verwaltung auch, dass zwar die Finanzierung des Wohngeldes durch Land und Bund erfolge, aber es gebe keine Übernahme von Personal- oder Sachkosten für die Aufgabenwahrnehmung bei der Stadt durch Bund und Land erfolge.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9 Mitteilungen und Anfragen

Herr Persian berichtet Aktuelles zum Stellenbesetzungsverfahren der Jugendzentrumsleitung. Das Auswahlverfahren war erfolgreich durchgeführt und bereits auch ein Auftaktgespräch war mit dem designierten Leiter geführt worden. Nun kam die Absage.

Das Zurückziehen hat Nichts mit Hückeswagen zu tun, so Herr Persian. Es war ein sehr gutes Auftaktgespräch mit Herr Moritz und Herr Stehl. Es hat keinerlei Hinweise auf eine Absage gegeben. Das ist sehr ernüchternd für uns als Verwaltung. Es darf die tolle geleistete Arbeit nicht in den Schatten stellen, so Dietmar Persian.

Die Leitung Jugendzentrum ist nun wieder offen. Für die Stelle der Ergänzungskraft sind mehrere Bewerbungen vorliegen. Die Nichtbesetzung der Stelle ist nun ganz frisch. Herr Persian versichert für die gesamte Verwaltung, dass alles darangesetzt wird, ein reduziertes Angebot für eine Übergangszeit auf den Weg zu bringen. Es werden ggfs. auch Gespräche mit anderen Trägern dazu gesucht. Es wird die Stelle sofort wieder neu ausgeschrieben.

Es ist ein neues Unterstützungsprogramm des Landes NRW auf den Weg gebracht worden zur Förderung der sozialen Infrastruktur, wie z.B. Tafeln oder

Kleiderkammern. Es kam etwas überraschend. Es soll nun in der nächsten Sozialraumkonferenz gemeinsam mit den örtlichen Akteuren geschaut werden, was kann damit machen. Es geht um die bestmögliche Verwendung von 60.000 € so Mario Moritz. Ungenutzte Gelder müssen zurückgezahlt werden, so Herr Persian.

Frau Theis-Hadamczyk fragt nach, wie es mit dem Kinderdorf dieses Jahr aussieht. Auch in der Zukunft?

Herr Persian antwortet darauf, dass man keinen einzwängen wolle, was die neue Leitung des Jugendzentrums angeht. Die Verwaltung wird schauen, was die neuen Akteure machen wollen oder können, ob sie ein Kinderdorf als Ferienangebot anbieten werden oder etwas anderes.

Die Verwaltung ist bestrebt ein Angebot in den Ferien zu machen, ob ein Kinderdorf oder ähnliches ist noch offen.

Frau Finster fragt an, ob die Verwaltung sich in Sachen Ausstellen von Oberberg Pässen bereits gekümmert hat. Herr Stehl teilt mit, dass das Thema noch nicht erledigt ist, die Umsetzung noch aussteht, aber es kurzum ein Termin mit der Island Tafel geben wird.

Für die Richtigkeit:

Datum: 02.03.2023

Stefan Mallwitz

Alexander Stehl
Schriftführer

Kenntnis genommen:

Bürgermeister o.V.i.A.